

Liberaler Positionen vertreten statt Subventionen jagen

Ohne Rahmenabkommen und CO₂-Gesetz stellt sich der Schweiz und der FDP die gleiche Frage: wie weiter? Für beide gilt die gleiche Antwort: mit guter und glaubwürdiger liberaler Politik. Gastkommentar von Reiner Eichenberger



Für Konfettiregen gab es in der FDP – im Bild Karin Keller-Sutter, Petra Gössi und Ignazio Cassis bei einem Auftritt 2019 – jüngst wenig Grund. WALTER BIERI / KEYSTONE

Liberaler stellen die Menschen ins Zentrum und damit alles, was diesen wichtig ist. Deshalb fokussieren sie sich nicht eng auf Umwelt oder Umverteilung, sondern auf umfassende Nachhaltigkeit in ihrer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimension. Dafür brauchen die Handlungsträger wirksame und unverzerrte Anreize, und dafür braucht es: Kostenwahrheit.

Lehrreich ist das Beispiel der Klimapolitik. Weil jede emittierte Tonne CO₂ unabhängig von Ort und Branche den gleichen Schaden verursacht, braucht es einen einheitlichen, optimalen CO₂-Preis. Er ergibt sich unter Berücksichtigung der emissionsbedingten Klimaschäden, der Kosten der Emissionsreduktion und des Einflusses der CO₂-Preise auf die Emissionen sowie die technologische Entwicklung. Der richtige Preis hängt wie jede ehrliche Klimapolitik von komplexen Zusammenhängen ab, für deren Modellierung und Schätzung der Ökonom William Nordhaus mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Die wahren Probleme lösen

Die Weltbank hält einen über die Zeit steigenden CO₂-Preis von heute 36 bis 72 Franken für angemessen zur Erreichung der Pariser Klimaziele. Wenn einmal der richtige Preis gesetzt ist, haben die Bürger und Firmen die richtigen Anreize, ihre klimaschädlichen Emissionen zu reduzieren und die Technologie zur Senkung der klimaschädlichen Emissionen weiterzuentwickeln. Entsprechend braucht es dann weder Subventionen für Alternativenenergien und Energiesparen noch spezielle einschränkende Vorschriften und Regulierungen zum Energieverbrauch.

Subventionen sind nur noch da sinnvoll, wo Marktversagen herrscht, also in der Grundlagenforschung. Sonst soll das Aufkommen der CO₂-Abgabe bestmöglich und insbesondere zur Reduktion der traditio-

nellen Steuern verwendet werden. Diese Klimapolitik ist dann in dem Sinne optimal, dass sie am meisten Klimaschutz pro eingesetztem Franken bringt.

Und was machen die Parlamente? Statt eines einheitlichen CO₂-Preises mit Reduktion von Subventionen und Vorschriften sowie voller Kompensation durch Steuersenkungen liefern sie einen völlig uneinheitlichen CO₂-Preis mit umfassenden Ausnahmen für Grosseemittenten, mehr Subventionen, mehr Vorschriften und einer Teilrück-

Das Eintreten für Kostenwahrheit und wahrhaftigen Diskurs gehört zum Kern liberaler Politik.

erstattung des Abgabenertrags an die Bürger mittels Kopfpauschalen. Ein solcher CO₂-Preis ohne volle Kompensation durch Senkung anderer Steuern ist eine zusätzliche Belastung von Arbeit und Leistung, denn die Emissionen entstehen bei Arbeit und Konsum, der Frucht von Arbeit.

Gute Politik zielt auf die Lösung der wahren Probleme. Dafür braucht es Realismus. Auch er folgt aus Kostenwahrheit. Sie veranlasst die Menschen zu verantwortungsvollem Verhalten nicht nur in Wirtschaft und Umwelt, sondern auch in der Politik. Beispiel Verkehr: Je weniger die Verkehrsnutzer die von ihnen verursachten Kosten selbst tragen müssen, desto frivoler werden ihre Forderungen nach Ausbau ihrer Verkehrsinfrastruktur.

Das erklärt wohl einen guten Teil der Forderungen nach einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und von Velowegen. Die Nutzer dieser Infrastrukturen reden zwar gerne über die Umweltschäden anderer, aber sie ignorieren die von ihnen verursachten, oft viel grösseren Budgetschäden. Ein anderes Beispiel ist der wieder stark diskutierte politische Stadt-Land-Graben. Dieser hat wohl viel damit zu tun, dass heute Mietpreisregulierungen und städtische Wohnbausubventionen viele Stadtbewohner von den Nachteilen schlechter Politik abschotten, auf Kosten der Allgemeinheit.

Kostenwahrheit bedingt, dass die Bürger die von ihnen zu tragenden Kosten richtig einschätzen. Das ist oft schwierig. Ein Beispiel ist das Zusammenspiel der Zuwanderung und der heutigen Schweizer Klimapolitik. Diese will den CO₂-Ausstoss in der Schweiz unter bestimmten Inlandreduktionszielen auf bestimmte Prozentsätze des Niveaus von 1990 senken, also auf eine bestimmte absolute Tonnage.

Damit muss jede zusätzliche Emission infolge von Zuwanderung zu 100 Prozent im Inland kompensiert werden. Der CO₂-Ausstoss pro Zuwanderer entspricht wohl etwa dem durchschnittlichen

Ausstoss pro Einwohner und damit rund 6 Tonnen, und die Kosten pro zusätzlicher im Inland zu reduzierender Tonne CO₂ betragen wohl um die 500 Franken und mehr pro Tonne und Jahr. Somit betragen allein die Kosten der Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Neuzuwanderer wenigstens 3000 Franken pro Jahr, bezahlt von der Allgemeinheit.

Wenn hingegen der Ausstoss der Zuwanderer über Auslandkompensationen reduziert werden könnte, entstünden praktisch keine Kosten für die Allgemeinheit. Solche Kostenzusammenhänge sind höchst relevant, werden aber oft ignoriert. Um sie zu erkennen, brauchen wir einen offeneren, unvoreingenommenen öffentlichen Diskurs.

Vier Themen

Was also kann die FDP tun, und wo liegen ihre Chancen? Das Eintreten für Kostenwahrheit und wahrhaftigen Diskurs gehört zum Kern liberaler Politik. Diese findet aber nur Gehör, wenn sie glaubwürdig ist. Eine liberale Markt- und Gesellschaftsordnung ist genauso wie eine intakte Umwelt ein öffentliches Gut. Deshalb setzen sich die meisten Parteien lieber für ihre Klientel als für eine liberale Politik ein. Das gibt der FDP beste Chancen, sich als Hüterin einer liberalen, der Allgemeinheit dienenden Politik zu profilieren. Dazu darf sie aber nicht Subventionen für ihr nahestehende Gruppen jagen, sondern muss in vielen Politikfeldern markante, konkrete und glaubwürdige liberale Positionen erarbeiten, die dem Allgemeinwohl dienen. Angesichts von Dringlichkeit und Bedeutung sind folgende vier Themenfelder besonders wichtig:

Kostenwahrheit in der Klimapolitik: Dazu sollten die diskutierten Grundsätze einer optimalen Klimapolitik umgesetzt werden, also Einführung eines CO₂-Preises für alle Emittenten in der von der Weltbank empfohlenen Höhe von heute 36 bis 72 Franken pro Tonne CO₂, im Gegenzug Reduktion von Subventionen und Regulierungen und kompensierende Senkung von traditionellen Steuern. Bei den heutigen Emissionen von 46 Millionen Tonnen CO₂ entspräche das einem Abgabenaufkommen von jährlich 1,7 bis 3,3 Milliarden Franken und damit einer kompensierenden Senkung beispielsweise der Mehrwertsteuer von 0,6 bis 1,1 Prozentpunkten. Eine solche Politik würde die Bürger und die Wirtschaft kaum belasten, wohl schnell als internationales Vorbild wirken und so dem Klima wirklich nutzen.

Kostenwahrheit im Verkehr: Diese bedingt die volle Internalisierung der heutigen impliziten und expliziten Subventionen des Verkehrs durch unabgeglichene Umwelt-, Unfall- und Lärmkosten sowie staatliche Finanzierung. Gemäss Schätzungen des Bundes betragen sie jährlich für den privaten Verkehr rund 7 Milliarden Franken (exklusive der Klimakosten) und für den öffentlichen Verkehr 8 Milliarden Franken. Mit voller Kostenwahrheit würden beim Staat Budgetentlastungen von über 15 Milliarden Franken anfallen. Damit könnte die Mehrwertsteuer um rund 5 Prozentpunkte gesenkt werden.

Kostenwahrheit in der Altersvorsorge: Hier ist die Kostenwahrheit verletzt, weil Arbeitseinkommen von über 65-Jährigen zusammen mit ihren Renten veranlagt und so sehr hoch besteuert werden. Da zugleich keine attraktiven Rentenaufschubmöglichkeiten bestehen, sind die Anreize zu Erwerbsarbeit nach 65 sehr schwach. Als liberale Lösung empfehlen wir «Safe AAA» – die Sicherung der Altersvorsorge durch freiwillige Erwerbsarbeit im Alter dank Anreizen. Sie macht den Rentenaufschub attraktiv – statt einer höheren Rente sollen für Aufschieber schon vor 65 tiefere Beitragssätze gelten und eine starke Senkung der Steuersätze auf Arbeitseinkommen ab etwa 67. Damit würde Altersarbeit für die Arbeitnehmer und -geber so attraktiv, dass sie sich schnell und ohne jeden Zwang durchsetzen würde. Die so beim Staat anfallenden hohen zusätzlichen Steuererträge sollten statt in den allgemeinen Steuertopf in die Altersvorsorge gelenkt werden.

Kostenwahrheit in der Zuwanderung: Je erfolgreicher die Schweiz dank der neuen liberalen Politik wird, desto attraktiver wird sie für Zuwanderung. Die mit dem schnellen Bevölkerungswachstum infolge der Zuwanderung einhergehenden Füllungseffekte – die Verknappung und Verteuerung des Bodens und der Infrastruktur, der Druck auf Umweltgüter und Selbstversorgungsziele – drohen die Vorteile der neuen Politik wenigstens aus Sicht der Normalbürger zu überwiegen.

Um das zu verhindern, muss die Zuwanderung liberal gesteuert werden. Dafür sollte für den Aufenthalt in der Schweiz während einer begrenzten Zeit eine Abgabe – ähnlich einer Kurtaxe – erhoben werden, die die Füllungskosten und die Vorteile der Zuwanderer angemessen spiegelt. Grossbritannien hat nach dem Brexit eine solche Aufenthaltsgebühr für die ersten fünf Jahre von auf Schweizer Verhältnisse umgerechnet 5000 Franken jährlich eingeführt. Die Schweiz sollte das «Modell Kurtaxe» wenigstens gegenüber Drittländern einführen. Ich bin überzeugt, dass eine solche Strategie nicht nur der ganzen Schweiz und all ihren Einwohnern, sondern auch der FDP grossen Erfolg bringen würde.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Forschungsdirektor des Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema).